

**Hubertus Niedermaier:**  
**Das Ende der Herrschaft? Perspek-**  
**tiven der Herrschaftssoziologie im**  
**Zeitalter der Globalisierung, Kon-**  
**stanz: Universitätsverlag Konstanz**  
**2006, 304 Seiten.**

Rezensiert von  
 Axel Rüdiger, Halle-Wittenberg

Der Herrschaftsbegriff ist aus der Mode gekommen. Nach dem angekündigten Ende von Geschichte und Ideologie scheint im „posttotalitären“ Zeitalter das Ende der Herrschaft eine weit verbreitete Selbstverständlichkeit zu sein. Worüber man aber nicht reden kann, darüber muss man laut Wittgenstein auch schweigen. In den Sozialwissenschaften den Rang abgelaufen hat dem antagonistischen Herrschaftsbegriff vor allem das Motiv der gesellschaftlichen Differenzierung. Herrschaft wird in der Netzwerkgesellschaft innerhalb und oberhalb von Staaten durch Regierung („governance“) und Aushandlung ersetzt. So taugt der Herrschaftsbegriff heute nur noch für die „Semantik Alteuropas“ (Niklas Luhmann) oder überlebt als „Zombie-Kategorie“ (Ulrich Beck) in den ahistorischen Diskursen politischer Traditionalisten und Populisten. Es ist ein großes Verdienst von Hubertus Niedermaier diesen Befund in seiner an der Universität München verteidigten Dissertation kritisch zu hinterfragen. Er geht vielmehr von der These aus, wonach der Herrschaftsbegriff heute weder überholt noch entbehrlich ist für die Analyse zukünftiger Entwicklungen innerhalb der weltpolitischen Konstellation

der „Globalisierung“. Es geht ihm also um „eine für unsere heutige Zeit angemessene Fassung des Begriffs“ (S. 12) und damit um nichts mehr oder weniger als die Rehabilitation der Herrschaftssoziologie als Kernstück der politischen Sozialwissenschaften.

Im ersten Teil seiner Untersuchung unternimmt Niedermaier eine Klärung des modernen Herrschaftsmodells anhand seiner Genese und Struktur unter Einbeziehung der aktuellen Erschütterungen des demokratischen Verfassungsstaates. Im Gegensatz zu den alteuropäischen Formen von Herrschaft reduziert sich demnach das moderne Modell nicht mehr auf ein bloßes Rangverhältnis zwischen Menschen, sondern bildet, vermittelt über allgemeine Gesetze und staatliche Institutionen, einen spezifisch politisches Arrangement, durch welches die Mitglieder einer Gesellschaft auf sich selbst einzuwirken vermögen. Moderne Herrschaft wird von Niedermaier also als eine Form von demokratischer Selbstbeherrschung verstanden. Die gegenwärtige Krise des Herrschaftsbegriffes wurzle in der Erschütterung des demokratischen Verfassungsstaates unter den Bedingungen der „Globalisierung“. Diese stelle sich aus herrschaftssoziologischer Perspektive weniger als Universalisierung moderner Institutionen (Ökonomie, Politik und Kultur) als vielmehr als Bruch mit dem Versprechen der Moderne auf demokratische Gestaltbarkeit der Welt dar. Sie „symbolisiert, so gesehen, die Gegenaufklärung: Die selbst verschuldete Mündigkeit des aufgeklärten Menschen mündet nicht in Selbstbestimmung, sondern in Ergebenheit gegenüber den selbst geschaffenen und dennoch unzählbaren gesellschaftlichen Kräften“ (S. 100).

Zur herrschaftssoziologischen Deutung dieser Krise werden im zweiten Teil des Buches drei einflussreiche Ansätze der politischen Soziologie aufgeboten, die nach ihren Herrschaftsbegriff und dessen Erklärungspotential für die Globalisierungsphänomene befragt werden. Es handelt sich dabei um den historischen Materialismus in der Tradition von Karl Marx und Friedrich Engels als Vertreter dialektischer Ansätze, die verstehende Soziologie von Max Weber als handlungstheoretischen Ansatz und stellvertretend für konstruktivistische Ansätze die Systemtheorie von Niklas Luhmann.

Den historischen Materialismus sieht Niedermaier wesentlich durch seine anthropologische Begründung charakterisiert, weshalb dieser der politischen Philosophie der frühen Neuzeit noch eng verbunden bleibe. Zwar sei diese von der Anthropologie im aristotelischen Sinne zu unterscheiden, welche den Titel „Mensch“ für die politisch privilegierte Stellung jenseits der Arbeitsgesellschaft reserviere, gleichwohl rekurriere auch noch der historische Materialismus auf ein naturalistisches Fundament. So bildet die Arbeit als natürliches Gattungswesen des Menschen den normativ-ontologischen Horizont der Politik. Da sich der marxistische Herrschaftsbegriff ausschließlich aus der Verfügung über Produktionsmittel herleitet, bleibt er dem bürgerlichen Herrschaftsoptimismus des demokratischen Verfassungsstaates gegenüber skeptisch, weil dieser gesellschaftliche Konflikte ausschließlich über die autonome Sphäre der Politik lösen will. Dies könne unter den Bedingungen der „Globalisierung“ zwar von Vorteil sein, weil der Marxismus nicht staatsfixiert sei, die anthropologische Perspektive verhindere

es aber, die Herrschaft von Organisationen bzw. korporativen Akteuren in dieses Paradigma zu integrieren. Mit Hilfe des Marxismus könne die „Globalisierung“ allerdings als ein Übergang zu einer neuen Produktionsweise verstanden werden, in der das Kapital vom Wissen als dominierende Produktionsmittel abgelöst wird. Die neue Wissensgesellschaft geht einher mit einem Elitenaustausch, bei dem eine neue Wissenselite („Symbol-Analytiker“) die Kapitalistenklasse herausfordere. Der juristische Schutz der Reproduktion des Wissenskaps als neue Herrschaftsressource kann nicht mehr vom Staat garantiert werden, wie das noch beim industriellen Kapital der Fall war, sondern muss nun von internationalen Organisationen wahrgenommen werden. Hieraus wäre dann auch der aktuelle Bedeutungsverlust des Staates erklärbar. So kommt Niedermaier zu dem Schluss: „dass sich aus der marxistischen Theorie ein Begriff von Herrschaft ableiten lässt, der den veränderten Bedingungen des Zeitalters der Globalisierung Rechnung trägt, wenn man sein analytisches Instrumentarium ernst nimmt und nicht mit einer wenig stichhaltigen Prognose der Heraufkunft der kommunistischen Gesellschaft belastet“ (S. 196).

Obleich auch Webers Handlungstheorie dem Menschen eine theoretische Schlüsselposition zuweist, unterscheidet diese sich von Marx' natürlicher Anthropologie durch ihren irreduziblen kulturellen Relativismus. Der Zugang zur Wirklichkeit ist für Weber immer schon kulturell vermittelt, einen normativ-ontologischen Zugang zur Objektivität gibt es daher nicht. Das ist auch konstitutiv für seine Herrschaftssoziologie, die keine objektive Bewertung vornimmt, sondern eine idealtypische Be-

schreibung leistet. Im Gegensatz zu Marx untersucht Weber Herrschaft weniger als ein Phänomen des gesellschaftlichen Interesses als vielmehr der politischen Autorität, wodurch der Staat viel stärker in den Mittelpunkt rückt als das beim historischen Materialismus der Fall war. Doch Niedermaier vermag auch wichtige Gemeinsamkeiten auszumachen. Ähnlich wie Marx, der vom Begriff der freien Arbeit ausgeht und bei der Unentrinnbarkeit des Systems des Warenfetischismus endet, geht auch Weber von einem freien Handlungsbegriff aus und gelangt schließlich zum „Gehäuse der Hörigkeit“ der rationalen Herrschaft. Dieser Herrschaftstyp, den Niedermaier als eine „Herrschaft ohne Herrschaft“ (S. 177) bezeichnet, sei auch deshalb paradox, weil er gegen Webers eigene Definition verstoße. Statt einer kausalen Beziehung von Befehl und Gehorsam handle es sich hier um einen puren Automatismus. Auf das Phänomen der „Globalisierung“ angewandt, zeige sich, dass sich zwar die gesellschaftliche Entwicklung als Rationalisierung, Kapitalisierung und Modernisierung beschreiben lässt. Der Staat jedoch erscheint nicht mehr als Subjekt, sondern im zunehmenden Maße als Objekt der Rationalisierung. Voraussetzung für die Übertragung der Rationalisierungsthese auf globale Herrschaft sei daher einerseits die Abkoppelung des Herrschaftsbegriffs vom nationalstaatlichen Verwaltungsapparat und seine gesellschaftstheoretische Kontextualisierung sowie andererseits die Berücksichtigung von Organisationen als Handlungsakteure.

Die Problematisierung der anthropologischen Grundlagen des Herrschaftsbegriffes bei Marx und auch noch bei Weber soll vermutlich die zunächst irritierende

Inanspruchnahme der Systemtheorie zur Erklärung von globaler Herrschaft rechtfertigen. Luhmann selbst lehnt, wie bereits angedeutet, den Herrschaftsbegriff unter den Bedingungen funktionaler Differenzierung ab. Die Gegenüberstellung von Herrschenden und Beherrschten weicht hier der Differenz von Regierung und Opposition, die innerhalb des politischen Systems ausschließlich über den Code der Macht vermittelt ist. Der sich hierin vollziehende Machtkreislauf dient funktional gesehen der gesamtgesellschaftlichen Unsicherheitsabsorption. Damit, so ließe sich hinzufügen, wird der Parlamentarismus zum historischen Apriori der Moderne, ohne jedoch die demokratische Dimension der Volkssouveränität zu berücksichtigen. Die von Marx kritisierte Aufrechterhaltung der Trennung von Politik und Ökonomie bildet für Luhmann eine unhintergehbare Bedingung für Politik überhaupt. Um mit Hilfe der Systemtheorie über moderne bzw. globale Herrschaft sprechen zu können, stützt sich Niedermaier auf den Herrschaftsbegriff von Michel Foucault, der Herrschaft derivativ aus dem Machtbegriff ableitet und als verfestigte Machtstrukturen begreift. Gleichwohl fällt die heuristische Ausbeute auch dann gering aus. Zudem ist die Theorie des politischen Systems bei Luhmann zu eng an den Nationalstaat gebunden, als dass sich aus ihr ernsthafte Aussagen über weltpolitische Herrschaft gewinnen ließen. Um daher auf der Ebene des weltpolitischen Systems Machtstrukturen identifizieren zu können, welche sich aufgrund ihrer Verfestigungsgrades zu einer Herrschaftsordnung zusammenfügen, muss Niedermaier den systemtheoretischen Machtbegriff durch

Motive der Theorie reflexiver Modernisierung von Ulrich Beck ergänzen. Mit deren Hilfe lokalisiert er vier Formen von Macht, die sich seiner Meinung nach als Elemente einer globalen Herrschaftsordnung beschreiben lassen. Es handelt sich dabei um die militärische Macht der Staaten, die „transnationale Entzugsmacht“ der Unternehmen, die Gegenmacht der NGOs und die Resolutionsmacht von internationalen Organisationen und Staaten.

Im abschließenden Vergleich der herrschaftssoziologischen Perspektiven unterstreicht Niedermaier ihre wechselseitige Unvereinbarkeit, rekurriert aber zugleich auf konvergierende Einsichten, die für eine Theoretisierung der globalen Herrschaftsordnung genutzt werden können. Diese verweisen allesamt auf das politische Primat interorganisationaler Beziehungen, in denen Staatlichkeit kein privilegiertes Platz mehr zukommt. Globale Herrschaft, so die zentrale These von Niedermaier, muss jenseits des demokratischen Verfassungsstaates auf der Ebene der Organisationen gedacht werden. Dabei greift er die These des frühen Habermas von der „Refeudalisierung“ der Öffentlichkeit im Spätkapitalismus auf. Tatsächlich knüpfe die globale Herrschaftsordnung an vormoderne Herrschaftsprinzipien insbesondere dadurch an, dass sie den Bereich politisch institutionalisierter Öffentlichkeit unterläuft und die Immanenz politischer Gestaltbarkeit durch eine neue Transzendenz

der Sachzwänge preisgibt. – Von seiner Fragestellung absolut überzeugend und durch seine thesenreiche Zusammenschau verschiedener Ansätze der politischen Soziologie sehr inspirierend, leidet das Buch an einigen Oberflächlichkeiten. So ist etwas das Kapital bei Marx seiner gesellschaftlichen Form nach kein konkretes Produktionsmittel, sondern ein abstraktes Produktionsverhältnis und kann daher auch nicht technologisch vom Wissen abgelöst werden. Mitunter entsteht auch der falsche Eindruck als ob die politische Bedeutung korporativer Akteure und Organisationen erst ein Phänomen der jüngsten Vergangenheit sei und aus diesem Grunde sowohl bei Marx als auch bei Webers nicht reflektiert würde. Sowohl der moderne Staat als auch der moderne Kapitalismus lassen sich aber nicht jenseits von Organisation denken. Das größte Problem stellt nach Ansicht des Rezensenten jedoch der epistemologische Metarahmen aus Systemtheorie und Theorie der reflexiven Modernisierung dar. Gerade in Bezug auf das Herrschaftsproblem wirkt dieser Rekurs doch sehr angestrengt und paralyisiert das Reflexionspotential mitunter eher als das er es befördert. Für eine tiefere Problematisierung der hegemonialen Differenzlogik durch die Phänomene von Herrschaft und Antagonismus hätte sich die Rezeption solcher Autoren wie Jacques Rancière, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und Slavoj Žižek bezahlt gemacht.